

Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Erscheint wöchentlich. — Bezugspreis monatlich 0.20 Rentenmark. — Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in der Reichs-Postliste unter Nr. 1628. — Kreuzabhebungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt.

Schriftleitung und Verlag in Leipzig, Zeiser Straße 30, IV., (Wolkshaus) Aufgang B oder C. — Tel. 27 503

Die Anzeigengebühr beträgt für die doppeltgespaltene Kleinzeile 0.40 Rentenmark. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühren-Einbindung auf Postkassenkonto Leipzig 56383; Kassierer: L. Geiß, Leipzig, Zeiser Straße 30, IV. (Wolkshaus). — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 19

Sonnabend, den 10. Mai 1924

28. Jahrgang

Der Staub als Krankheitsursache.

In der Tagespresse veröffentlichte Herr Dr. G. Wolf unter obiger Überschrift kürzlich einen Artikel, in dem auf die Schädlichkeit der Staubarten bei Bearbeitung der verschiedenen Materialien hingewiesen wird, ferner auf den Staub, der dauernd aufgewirbelt und eingeatmet wird auf den Plätzen der Großstädte, den Automobilstraßen und in den Wohn- und Arbeitsstätten. Es muß möglichst danach getrachtet werden, den Staub zu beseitigen, soweit dieses in unserem Zeitalter des gesteigerten Verkehrs- und Industriebetriebs überhaupt möglich ist. Eine große Zahl Berufstätiger ist der Einwirkung des Staubes besonders ausgesetzt. Die Natur des Staubes ist sehr verschieden, je nachdem er anorganischen Materialien (Glas, Kalkstein, Marmor, Granit, Blei, Zint, Thomaschlacke, Gips, Zement usw.) oder organischen Materialien (Holz, Kohle, Leder, Wolle usw.) entstammt. Uns fällt dabei auf, daß in dem genannten Artikel von Dr. Wolf Sandsteinmehlen, die doch außerordentlich unter der Staubgefahr zu leiden haben, wie überhaupt Sandsteinstaub, nicht genannt werden.

Die Verstreitung des Staubes und damit seine schädigende Wirkung kann in vielen Fällen durch Feuchtigkeit vermindert oder verringert werden durch nasse Bearbeitung und ebensolche Beseitigung der Abfälle, wie es auch die Bundesratsverordnung für die Steinindustrie vom 31. Mai 1909 vorschreibt. Zur Verhütung der Staubeinatmung wird immer wieder der „Respirator“ empfohlen, den unsere Kollegen aus der Sandsteinbearbeitung als außerordentlich hinderlich bei der Arbeit zur Genüge kennen. Es ist nicht gleichgültig, wie so oft schon behauptet wurde, wenn die Steinarbeiter sich gegen den Gebrauch des Respirators wehren, sondern die Atmung wird durch das Tragen des Respirators stark beeinträchtigt, auch der Gesichtskreis wird verengt, wodurch das Arbeitsstück vom Steinmehlen nicht genügend übersehen werden kann.

Vor Kriegsausbruch hatte der Verbandsvorstand sich mehrere Respiratoren-Muster von den Erzeugern übersenden lassen und stellte diese dann einigen Zahlstellen zur Benutzung und Begutachtung zur Verfügung. Aber an keinem Ort konnte man sich endgültig für ein System entscheiden, überall wurden sie im allgemeinen als ungeeignet zurückgewiesen. In der Schrift „Steinindustrie, Steinbearbeitung, Steinarbeiter“ zur VVA, 1913 sind einige Abbildungen von Kollegen mit Respiratoren enthalten. Des weiteren hat die Denkschrift an den Bundesrat im Jahre 1901 „Die Berufsgesfahren der Steinarbeiter“ von Richard Calmer gleichfalls auf die Unzulänglichkeit des Respirators für die Steinbearbeitung verwiesen.

Der bekannte Gerneralhygieniker R. B. Lehmann kommt zu dem Resultat, daß Tuberkulose am häufigsten infolge Einatmung von Sandsteinstaub auftritt, dann folgen Granit-, Marmor-, Mischsteinstaub (soweit Mischsteine nicht aus Sandsteinarten hergestellt werden).

Zum gleichen Resultat kam bekanntlich Professor Dr. Sommerfeld, der mehrere Untersuchungen der Atmungsorgane an Sandsteinmehlen vorgenommen hat. Auf dem Kongress für Bauarbeiterchutz auf der Internationalen Bauausstellung 1913 führte er u. a. aus:

„In der Gruppe, die die Berufe mit Mineralstaubentwicklung umfaßt, erkennt man, wie außerordentlich große Verheerungen die Tuberkulose unter den Steinbauern anrichtet. Denn während wir auf 1000 Arbeiter in den Berufen mit Mineralstaubentwicklung durchschnittlich 4,42 Tuberkulosefälle antreffen, beträgt die Häufigkeit hier 34,9 Prozent. Während im Durchschnitt bei den Gewerbeten mit Mineralstaub von 1000 Todesfällen 403 durch Tuberkulose verursacht sind, beträgt diese Zahl bei den Steinmehlen 893 oder 89,8 Prozent.“

Seit Jahrzehnten bearbeitet der Zentralverband der Steinarbeiter die Erkrankungen und Sterbefälle unter seinen Mitgliedern statistisch. Die Sterbefälle in ihren Ursachen ergaben folgendes:

Von Sandsteinmehlen wurden Sterbefälle gemeldet

| Jahr | Anzahl | davon Lungenleiden | Prozent |
|---------|--------|--------------------|---------|
| 1901/02 | 103 | 95 | 92,2 |
| 1902/03 | 87 | 78 | 89,6 |
| 1903/04 | 111 | 94 | 84,7 |
| 1904/05 | 96 | 88 | 91,66 |
| 1906/07 | 161 | 130 | 80,68 |
| 1920/21 | 210 | 154 | 73,40 |
| 1922/23 | 188 | 154 | 82,0 |

In den Jahren 1922/23 zählte der Steinarbeiterverband gegen 53 000 Mitglieder, davon waren 7000 Sandsteinmehlen. In dieser Zeit sind 709 Mitglieder gestorben, es kommt insgesamt betrachtet auf 74 Mitglieder ein Todesfall. Von den 7000 Sandsteinmehlen starben 188, bei diesen kommt schon auf 37 Mitglieder ein Todesfall, hingegen bei den andern Gruppen (46 000 Mitglieder) bei 521 Gestorbenen auf 88 Mitglieder ein Todesfall.

Eine englische Statistik, in der Maurer und Steinhauer zu einem Beruf zusammengezogen sind, wird sehr oft benutzt, um darzulegen, daß die Erkrankung der Steinhauer „nicht so schlimm“ ist. Diese Statistik kann für deutsche Verhältnisse, soweit die reine Steinindustrie in Betracht kommt, zum Vergleich durchaus nicht herangezogen werden.

Der Artikel von Dr. G. Wolf gibt nun Herrn Dr. A. Göhring (Bitterfeld) Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß ein anorganischer Staub existiert, der nicht nur nicht schädlich auf die Atmungsorgane, speziell auf die Lunge, einzuwirken scheint, sondern sogar Lungen tuberkulose im Anfangsstadium kupert und ausheilt. Dr. A. Göhring teilt darüber folgendes mit:

„Vor vielen Jahren beobachtete ich in chemischen Fabriken, daß Arbeiter mit beginnender Lungen tuberkulose wieder gesundeten, wenn sie einige Monate an Kalköfen beschäftigt waren. Das Aussehen der Patienten wurde kräftig und frisch, das Husteln hörte auf, das charakteristische feuchtglänzende Auge erhielt normales Bild und das Sputum wies keine Tuberkeln mehr auf. Man glaubte, diese Erscheinung der warmen trocknen Luft, die an den Kalköfen herrschte, zuschreiben zu müssen; dagegen sprachen aber die Tatsachen, daß ähnliche Beobachtungen an andern Orten als Kalköfen nicht gemacht wurden und daß auch bei Arbeitern, die den gebrannten Kalk vom Ofen zu farnen und dort zu kippen hatten und somit sehr beträchtlichen Temperaturwechseln ausgesetzt waren, solche Erfolge festgestellt werden

konnten. Er ergab sich bald, daß diese nur dem Einatmen des feinen Kalkstaubes zu verdanken waren, der also im Gegensatz zu allen andern mineralischen Staubarten einen günstigen Einfluß zu haben schien. Bei dem Heilvorgang konnte es sich um folgendes handeln:

1. um die Vernichtung der Tuberkeln und eine Zerstörung der erkrankten Gewebe und des Eiters in den Cavernen durch die ätzenden Eigenschaften des Calciumhydroxyds.

2. um die Verkalkung der eingekapselten und verästeten Massen, was einer Förderung des natürlichen Heilprozesses entsprechen würde, wie er sich spontan bei über 80 Prozent aller Tuberkulosen vollzieht infolge der aufsteigenden Kalkbildungen, die 5—40 Proz. Kalksalze und 5—12 Prozent Kieselsäure Salze enthalten.

Es handelt sich nun darum, eine Heilmethode zu suchen, die den Vorgang am Kalköfen ersetzt, d. h. eine Inhalation von Calciumoxyd bzw. Calciumhydroxyd. — Literatur über solche Inhalationen fand sich damals fast nicht, mit Ausnahme über eine Bemerkung (Dtl.), daß Kalkstaub sich bezüglich der Aetiologie der Tuberkulose anders verhält als alle andern mineralischen Staubarten. Hier oder an anderer Stelle war auch auf einen Versuch über Inhalation von Kalkstaub hingewiesen, der jedoch keine wesentlichen Erfolge gezeitigt haben soll. Der Erfolg des Verfahrens ist, wie sich im Verlauf der Versuche zeigte, lediglich abhängig von der richtigen Ausführung und von wesentlichen, bei der Herstellung des zu verwendenden Inhalationsmaterials zu beobachtenden Bedingungen, deren wichtigste die äußerste geringe Teilchengröße ist, die ein Eindringen in die allerfeinsten Verzweigungen der Lunge gestattet. Es gelang nun, ein solches geeignetes Material herzustellen, und seit vier Jahren macht ein Lungen spezialist, Dr. J. a. c. o. b. i. - Wiesbaden, damit Versuche sowohl bei Lungentuberkulose als auch bei der erschreckend überhandnehmenden Tuberkulose der Bronchialdrüsen bei Kindern.

Die Resultate, die äußerst zufriedenstellend sind, sollen nach Abschluß der Versuche in Fachblättern veröffentlicht werden. Die Kosten der Therapie, die für die bei den ersten Stadien der Lungentuberkulose in Frage kommen dürfte, sind äußerst gering, da sowohl das Inhalationsmaterial billig, wie auch die Anwendungsformen einfach sind und keinen Aufwand erfordern. Der Laie kann sie nach Angaben des Arztes im Hause durchführen, in Krankenhäusern läßt sie sich ohne weiteres aufnehmen und Inhalatorien können leicht auf sie umgestellt werden.

Unsre Kollegen in der Steinindustrie und vor allem die Sandsteinarbeiter, die bekanntlich am meisten unter der Staubgefahr zu leiden haben, würden es mit Freuden begrüßen, wenn ein wirksames Mittel zur Bekämpfung der Tuberkulose gefunden würde. Denn was diese Erkrankung zu bedeuten hat, wissen die Familien der Steinarbeiter am besten zu beurteilen, die solches durchmachen und durchgemacht haben. In der Steinindustrie ist deren Zahl durchaus nicht gering; außerdem ist dadurch Not, Elend und bitteres Leid zugleich bei ihnen daheim.

Der Zerplitterer geht um!

Die Verschmelzung des vormaligen Steinseherversandes mit dem Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands ist, abgesehen von geringen Abplitterungserscheinungen, in der besten Weise erfolgt. Auch jene Zahlstellen des früheren Steinseherversandes, die bei der Urabstimmung mit Mehrheit für den Baugewerksbund votierten, haben sich dem Gebot der Urabstimmung als gute Demokraten gefügt und sind dem Steinarbeiterverband beigetreten. Die Geschlossenheit der gesamten Steinsehers- und Pflastererbewegung ist erhalten geblieben und gesichert. Diese Tatsache scheint dem vormaligen Angestellten des Steinseherversandes Richard Pitsche (Frankfurt a. M.) keine Ruhe zu lassen, denn in einem Schreiben an verschiedene Zahlstellen wird er noch immer für den Eintritt in den Baugewerksbund. Der Raum verbietet uns, dieses ellenlange Schreiben auch nur im Auszuge wiederzugeben. Allerdings mit seiner Werbung kommt er reichlich spät, und überdies kennen ihn die Steinsehers- und Pflasterer zu genau, als daß sie nicht wüßten, wach Geistesfind dieser Mann ist. Selbstverständlich erhebt er gegen den vormaligen Zentralverband des Steinseherversandes erneut den Vorwurf, daß er das Resultat der Urabstimmung der Öffentlichkeit nicht zugänglich gemacht habe. Auch der Vorstand des Steinarbeiterverbandes habe dies bisher unterlassen, er sei also mit dem Vorstand des Steinseherversandes in einen Topf zu werfen. Beide sind sie gleich schlecht. Nebenbei führt er die Zahlstellen auf, die dem Beschluß der Urabstimmung des Steinseherversandes in der Verschmelzungsfrage nicht gefolgt sind. Es sind dies in der Hauptsache die Filialen des Frankfurter Wirtschaftsbezirks. Also viel ist es nicht. Unres Wissen ist Pitsche jetzt Angestellter des Baugewerksbundes geworden, und da sein Frankfurter Wirkungskreis doch angesichts der geringen Zahl der dort in Frage kommenden Pflasterer außerordentlich klein ist, so muß er eben jetzt seine Exzentrizität dadurch erweisen, daß er die Zerplitterung der Steinsehersbewegung in seinem Sinne betreibt. Zwar sind dem Werbeschreiben Pitsches noch zwei Namen von in Arbeit stehenden Kollegen beigelegt, aber diese guten Leuten haben schon früher sich nur als Statisten zu den Zwecken Pitsches mißbrauchen lassen. Verzeihen wir ihnen!

Doch nun zur Sache! Pitsche stellt fest, daß ihm nicht bekannt sei, daß das Ergebnis der Urabstimmung der Öffentlichkeit übergeben worden sei, obwohl in einem Schreiben vom 9. Oktober 1923 der damalige Vorstand des Steinseherversandes die Veröffentlichung zugesagt habe, damit eine Kontrolle des Abstimmungsresultates durch jede Zahlstelle erfolgen könne. Wohl gemerkt, am 9. Oktober ist dies Pitsche mitgeteilt worden. Aber dieser Mann hat es mit dem Anschluß an den Baugewerksbund so eilig gehabt, daß er mit seinen Frankfurter Zahlstellen schon am Ende des Monats Oktober 1923 den Anschluß an den Baugewerksbund vollzogen hatte. Das scheint auch der Grund zu sein, daß er in seinem Werbeschreiben zur Verteidigung dieses disziplinlosen Schrittes sagt, daß die Vereinigung mit dem Baugewerksbund erst „Ende des Jahres 1923“ erfolgt sei. Auf eine Unwahrheit und einen Schwindel kommt es ihm ja nicht an. Vielleicht veröffentlichten wir das in unserm Besitz befindliche Material noch, wenn es nötig sein sollte. Nun, hätte es Pitsche nicht so eilig mit seinem Anschluß an den

Baugewerksbund gehabt, dann wäre ihm, wie allen Zahlstellen und Fachgruppen, das gesamte Resultat der Urabstimmung zugegangen. Daß wir natürlich keine Veranlassung haben, Abzünigen das Material zuzustellen, versteht sich am Rande. Die Hauptsache ist, daß alle Zahlstellen und Fachgruppen Kenntnis des Resultates erhalten haben. Und von keiner Zahlstelle, die sich an der Urabstimmung beteiligt hat, ist auch nur das geringste erklärt worden, daß das Abstimmungsresultat in irgendeiner Weise unrichtig sei. Also dieses Moment zieht nicht mehr, um als Stoff zur Zersplitterung ausgenützt zu werden.

Weiter ergeht sich Pitsche natürlich in der Anpreisung der außerordentlichen Vorzüge des Baugewerksbundes. Ueber den Baugewerksbund reden wir nicht, er erfüllt seine gewerkschaftliche Pflicht wie jeder andre Verband. Aber daß die Wahrung der Interessen der Steinsehers- und Pflasterer eine Sache ist, die durch einen schematisch arbeitenden großen Organisationskörper nicht erreicht werden, zeigen die Verhältnisse der letzten Monate. Nicht umsonst haben die Steinsehers- und Pflasterer die Abhängigkeit ihrer Lohnsätze von den Löhnen des Baugewerks abgetan, sondern in der rechten Erkenntnis, daß sie in dieser Hinsicht weiter kommen, haben sie sich auf eigene Füße gestellt. Wenn Pitsche nur einen kleinen Einblick in die sich jetzt entwickelnden Verhältnisse im Pflasterergewerbe hätte, dann würde er mit solchen Argumenten wirklich nicht für den Baugewerksbund werben; denn damit erzielt er nur ein mitleidiges Lächeln der Kollegen, die im Berufsleben stehen. Er würde dann aber auch erfahren, wie diese Lohnabhängigkeit vom Baugewerbe die Kollegen gequält hat, bis sie diese überwand.

Dann schreibt er von „gewerkschaftlichem Imperialismus“ in seinem Stile und in seiner bekannten Langsamkeit verschiedenes Zeug, ohne aber den Mitgliedern die Ursachen dieser unserer Anschauung bekanntzugeben. Im „Steinarbeiter“ haben wir ja früher schon dieses Kapitel mit den notwendigen Daten belegt. Aber noch etwas soll aus diesem Schreiben zur Erheiterung der Kollegen festgehalten werden. — Pitsche schreibt Geschichte! — Es heißt in dem Werbeschreiben: Wir beabsichtigen in einem geschichtlichen Rückblick der Steinsehersbewegung nochmals auf die Vorgänge vor und während der Verschmelzung mit dem Steinarbeiterverband, sowie auf unsere Stellung zum Industrieverband etwas ausführlicher einzugehen! Wirklich, das hat unser alter verdienter Kollege Alexander Knoll nicht verdient, daß ihm, der mit vielem Fleiß die Geschichte der Steinsehersbewegung geschrieben hat, von dieser Seite gar noch Konkurrenz gemacht wird. Aber trotz allem hoffen wir, daß Kollege Knoll dieses ertragen wird.

Da gerade von dieser Seite die Zersplitterung in die Reihen der Steinsehers-, Pflasterer- und Straßenbauarbeiter getragen werden soll, können wir beruhigt sein. Wie die Kollegen in ganz Deutschland über Pitsche und seine Tätigkeit denken, das ist diesem selbst mehr als zu bekannt. Wenn er als Sprachrohr des Baugewerksbundes dienen soll, dann muß sich dieser nach andern Seiten umsehen, denn Pitsches Werbeschreiben wandern nur bei allen Kollegen zur Matulatur. Dafür kennen sie ihn allerorten viel zu gut.

Wie müssen die Gewerkschaften den Wohnungsbau fördern?

II.

Dieser Aufruf an die Gewerkschaften enthält keineswegs die utopische Forderung, daß die Gewerkschaften nun selbst der Hauptlastenträger der Wohnungsfürsorge für die minderbemittelten Volksschichten werden sollen. Diese Zumutung wäre, zumal heute, für die Gewerkschaften untragbar. Was mit diesem Aufruf von den Gewerkschaften verlangt wird, ist:

- a) eine moralische und
 - b) eine beschränkte materielle Förderung der Aufgaben der „Kewog“.
- a) Die moralische Förderung der „Kewog“ durch die Gewerkschaften denken wir uns durch folgende Unterstützungen gewährleistet:
 1. Weitestgehende Verbreitung der Drucksaften der „Kewog“ unter den gewerkschaftlich organisierten Mitgliedern in allen Funktionär- und Mitgliederveranstaltungen.
 2. tatkräftige Unterstützung der Arbeiten der „Kewog“ durch die Mitglieder, Funktionäre und Gewerkschaftsführer bei allen Stellen (Reichs-, Staats- und Gemeindeorgane), auf die diese Kreise einen beruflichen oder persönlichen Einfluß nehmen können.
 3. bereitwilligster Hinweis auf die gemeinwirtschaftlichen Ziele der „Kewog“ in der Gewerkschaftspresse.
 4. Zuleitung aller Wohnungsinteressen an die „Kewog“ und ihre bezüglichen und örtlichen Tochtergesellschaften.
 5. Beeinflussung der Gewerkschaftsmitglieder dahin, daß diese ihr freies und dem Wohnungsbau zugedachtes Sparkapital nicht den privaten Banken und Sparkassen, sondern den besonderen von der „Kewog“ in Verbindung mit der Gewerkschaftsbank zu schaffenden Sparabteilungen zuleiten.
 6. Aufforderung der Gewerkschaftsmitglieder, sich nur solchen Baugenossenschaften, Wohnungs- und Siedlungsgesellschaften anzuschließen, die im engsten Kontakt mit der „Kewog“ stehen und ausschließlich gemeinnützige oder gemeinwirtschaftliche Ziele verfolgen.
 7. bereitwilligste Mitarbeit der Gewerkschaftsfunktionäre und Gewerkschaftsführer in den von der „Kewog“ zu schaffenden Bezirks- und Ortsgeellschaften, soweit es ihre Zeit und Arbeitskraft gestattet.
 8. Zuleitung von Nachrichten und Anregungen aller Art, die geeignet sind, die Arbeiten der „Kewog“ zu fördern.
 - b) Materielle Förderung der „Kewog“ durch die Gewerkschaften wird sich im wesentlichen in der Durchführung folgender Maßnahmen erschöpfen:
 1. Beteiligung der Gewerkschaften an den von der „Kewog“ zu gründenden Bezirks- und Ortsgeellschaften mit einem der Finanzkraft der Gewerkschaften entsprechenden Stamm- oder Aktienkapital.

Der Aufbau der Bezirks- und Ortsvereine der „Kewog“ wird, den wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechend, sehr sorgfältig vorbereitet werden und nur allmählich erfolgen. Dem organischen Wachstum der Bewegung folgend, wird dann die Beteiligung der Gewerkschaften an diesen Tochtergesellschaften die Finanzkraft der Gewerkschaften nicht allzusehr in Anspruch nehmen. Die Beteiligung der Gewerkschaften an den Bezirks- und Ortsvereinen der „Kewog“ ist aber notwendig, damit den bezirkslichen und örtlichen Gliedern der Gewerkschaften derselbe Einfluß auf die Tochtergesellschaften eingeräumt wird, den die zentralen Spitzen der Gewerkschaften auf die „Kewog“ genommen haben.

2. Zusammenfassung eines Wohnungsfürsorgefonds der einzelnen Gewerkschaften zugunsten besonders notleidender und unbemittelter Gewerkschaftsmitglieder.

Da der Wohnungsbau für die minderbemittelten Volksklassen in nächster Zukunft überwiegend davon abhängig sein wird, daß das Sparkapital der Wohnungsinteressenten selbst organisiert wird, so wird man für die völlig minderbemittelten Volksgenossen auch eine besondere Sparorganisation schaffen müssen. Die Fürsorge um die minderbemittelten Volksgenossen fällt in erster Linie den öffentlichen Organen, d. h. den Gemeinden wie den mit der Wohnungsfürsorge gesetzlich betrauten Stellen zu. Wir sind indessen der Ansicht, daß auch die Arbeitnehmerorganisationen als Kollektivsparer auftreten sollten, um auch denjenigen Mitgliedern der Gewerkschaften eine Gemeinschaftshilfe zuteil werden zu lassen, die nicht zu den Armen- und Rentenunterstützungsberechtigten gehören. Die Zusammenfassung eines solchen Fonds durch die Gewerkschaften selbst würde die Mitglieder noch enger an die Gewerkschaften fesseln und insbesondere die jugendlichen, wohnungsunversorgten Genossen den Gewerkschaften zuführen.

Die finanzielle Leistung der einzelnen Gewerkschaften braucht nicht besonders hoch zu sein. Sofern eine große Anzahl von Gewerkschaftsorganisationen den Beschluß faßt, lagen wir, wöchentlich 10—50 Goldmark in einem Wohnungsfürsorgefonds einzusparen und dieses Kapital der „Kewog“ zuzuführen, dann könnte diese sofort mit dem Bau von Wohnungen für die Gewerkschaftsmitglieder beginnen. Die Summe der einzelnen Leistungen wird neben dem der „Kewog“ sonst zuzuführenden Sparkapital hinreichend sein, um eine ansehnliche Bautätigkeit zur Entfaltung zu bringen.

An Stelle der besonderen Fondsbildung kann man auch daran denken, daß die Gewerkschaften einen bestimmten Prozentsatz — sagen wir 1 Prozent — ihrer Beiträge in einen Wohnungsfürsorgefonds leiten und diese Mittel der „Kewog“ zur Durchführung ihres Wohnungsbauprogramms zur Verfügung stellen. Ein solcher Beschluß würde jede einzelne Gewerkschaft finanziell nur wenig belasten und die großzügige Lösung der Aufgaben der Gewerkschaften auf anderen Gebieten kaum beeinträchtigen und dennoch für die Wohnungsfürsorge zugunsten der minderbemittelten Volksklassen von der allergrößten Bedeutung sein.

Die „Kewog“ wird jeder Gewerkschaft bei der Organisation des Wohnungsfürsorgefonds mit ihrem Rat zur Seite stehen. Ist ein solcher Fonds von den Gewerkschaften beschlossen, dann wird die „Kewog“ mit diesen einen Kreditvertrag abschließen, der die Rechte und Pflichten beider Parteien gegeneinander abgrenzt. In diesem Kreditvertrag wird sich jede Gewerkschaft ein Kündigungsrecht für das kreditierte Kapital vorbehalten. In ihm wird auch zum Ausdruck kommen, daß die „Kewog“ verpflichtet ist, nach Anammlung einer bestimmten Kapitalsumme mit dem Bau von Wohnungen bestimmter Größe und bestimmter Anzahl zu beginnen, sofern sich die betreffenden Gewerkschaften mit dem vorgelegten Finanzierungs- und Baukostenplan einverstanden erklärt haben. Bis zum Abschluß dieses Finanzierungs- und Baukostenvertrages stehen beide Parteien lediglich im Verhältnis eines Schuldners zum Gläubiger, wobei der Schuldner dem Gläubiger bestimmte Vorrechte einräumt und Garantien für die verlustfreie Rückzahlung des hergegebenen Kredites gewährt.

Erläutern wir diesen Gedanken an einem Beispiel: 1000 Ortsvereine (die freien Gewerkschaften haben mehr als 10 000 solcher Ortsvereine) lassen den Beschluß, wöchentlich 10 Mk. in einen Wohnungsfürsorgefonds und die Mittel dieses Fonds an die „Kewog“ zu leiten. Die „Kewog“ erhält damit wöchentlich rund 10 000 Goldmark oder jährlich 520 000 Goldmark. Mit dieser Summe könnte sie bereits unter Zuhilfenahme öffentlicher Mittel und Hypotheken usw. mehr als 200 Wohnungen für die minderbemittelten Gewerkschaftsangehörigen erbauen.

Man sage nicht, daß diese Summe zu gering sei, um die Existenz der „Kewog“ zu rechtfertigen. Die Existenz der „Kewog“ wird durch den Wohnungsfürsorgefonds der Gewerkschaften nur mitgestützt. Das Kapital der Gewerkschaften wird befruchtend auf den Zutrieb anderer Kapitalquellen, öffentlicher Mittel, Hypotheken, Sparkapital usw. einwirken. Bei der Kapitalarmut des deutschen Volkes werden wir, wenn wir große Erfolge erzielen wollen, uns nicht scheuen dürfen, diese großen Erfolge durch die Zusammenfassung kleiner und kleinster Mittel zu erreichen. Der Kapitalismus der Großbanken und der Industrie hat sich auch nur durch eine planvolle Sammlung kleiner und kleinster Sparbeiträge entwickeln können. Dieses wirtschaftshistorische Beispiel sollte auch den Gewerkschaften vor Augen stehen, wenn sie das arbeitende Volk von den Fesseln des Privatkapitals befreien wollen. Die kleinen und kleinsten Mittel auch für den Wohnungsbau zu organisieren, das wird eine Grundforderung der zukünftigen Wohnungsfürsorge der minderbemittelten Volksklassen sein.

Aus den Zahlstellen.

Erfurt. Versammlung am 26. April 1924. Der Vorsitzende gab den Bericht von der Verhandlung am 25. April mit den Unternehmern. Firma Hollenbeck hatte eine Versammlung beantragt, um den Streik aus der Welt zu schaffen. Die Absicht war gut, sie scheint aber bei den großen Firmen keinen Anklang gefunden zu haben, denn in der nachfolgenden Verhandlung beider Parteien kam es wieder zu keinem Ergebnis. Zwar wurden uns Konzessionen gemacht betreffs Afford, daß dieser vorläufig nur für die zur reichenden Kollegen in Frage kommen soll, während die hiesigen im Lohn beschäftigt werden sollen. Daß dies für uns unannehmbar ist, wurde den Herren sofort entgegengehalten, und somit war diese Verhandlung gescheitert. Unsere Versammlung beschäftigte sich nun mit diesem Bericht und kam nach kurzer Diskussion zum alten Beschluß: Zeitlohn! Nebenbei sei bemerkt, daß die Firma Fröbel versucht, unsern Streik als nicht mehr bestehend zu bezeichnen und ihren Kunden erzählt, die Steinmehrer forderten 1 Mk.; dies könnten sie nicht zahlen, sondern bloß 80 Pfg. (Wenn sie das zahlen, wäre der Streik längst erledigt.) Auch hat die Firma eine Taktik von vielleicht größter Tragweite eingeschlagen, indem sie die bis 23. April mit uns streikenden Werkmeister durch allerlei Versprechungen wieder in den Betrieb hineingelockt hat. Derselbe hat uns zwar die Erklärung abgegeben, keinerlei Streikarbeit zu verrichten, doch übt es auf Wandlungsmütigen keinen guten Einfluß, wie in der heutigen Versammlung zu ersehen war. Bis jetzt ist noch kein Streikbrecher zu verzeichnen, und hoffen wir, etwaige Arbeitsmüllerei fernhalten zu können. Da wir schon die 6. Woche im Streik stehen und uns keine Mittel zur Verfügung stehen, bitten wir die organisierten Kollegen, uns in unserm harten Kampfe zur Abwehr des Affords auch finanziell unterstützen zu wollen. Den Zahlstellen, die uns schon unterstützt haben, unsern besten Dank.

Leipzig (Steinheger). Die am 25. April 1924 tagende Mitgliederversammlung nahm Stellung zu dem Lohnangebot der Unternehmer im Steinhegergewerbe. Es sieht folgendermaßen aus: Ab 17. April 1924: 1. Lohnbezirk: Steinheger 72 Pfg., Kammer 68 Pfg., Hilfsarbeiter 63 Pfg.; 2. Lohnbezirk: Steinheger 68 Pfg., Kammer 64 Pfg., Hilfsarbeiter 59 Pfg.; 3. Lohnbezirk: Steinheger 64 Pfg., Kammer 60 Pfg., Hilfsarbeiter 55 Pfg. Ab 24. April 1924: 1. Lohnbezirk: Steinheger 75 Pfg., Kammer 69 Pfg., Hilfsarbeiter 63 Pfg.; 2. Lohnbezirk: Steinheger 71 Pfg., Kammer 65 Pfg., Hilfsarbeiter 59 Pfg.; 3. Lohnbezirk: Steinheger 67 Pfg., Kammer 61 Pfg., Hilfs-

arbeiter 55 Pfg. Ab 1. Mai 1924: 1. Lohnbezirk: Steinheger 80 Pfg., Kammer 72 Pfg., Hilfsarbeiter 65 Pfg.; 2. Lohnbezirk: Steinheger 76 Pfg., Kammer 68 Pfg., Hilfsarbeiter 61 Pfg.; 3. Lohnbezirk: Steinheger 72 Pfg., Kammer 64 Pfg., Hilfsarbeiter 57 Pfg. bei wöchentlicher Arbeitszeit von 48 Stunden. Trotzdem uns das Angebot nicht befriedigte, billigte die Versammlung die Abmachungen der Lohnkommission mit den Unternehmern durch den Zwang wirtschaftlicher Not. Die Arbeitszeit wurde festgelegt von früh 7 bis 5 Uhr nachmittags, Sonnabend von früh 7 bis 1 Uhr mittags.

Ein Antrag gelangte einstimmig zur Annahme, der besagt: „Ohne Zustimmung der Gewerkschaft darf die Arbeitszeit von 8 1/2 Stunden täglich und 5 1/2 Stunden Sonnabends nicht überschritten werden.“ Weiter wurde die Affordarbeit scharf verurteilt. Zur reisende Kollegen haben sich, bevor sie in Arbeit treten, beim Vorsitzenden der Zentrale, Zimmer 90 im Volkshaus, zu melden.

Langenjalza. Unsere seit langer Zeit ersehnte Bezirksversammlung fand am 29. April in Großenpöter bei Langenjalza statt. Es waren alle Kollegen aus unserm Bezirk Mühlhausen-Langenjalza-Oberberla und Treffurt erschienen, um dort wieder eine freundliche Arbeitsgemeinschaft unter den Kollegen zu schaffen. Kollege Wolf-Langenjalza begrüßte die Kollegen aus dem Bezirk und legte ihnen die Wichtigkeit der Einheit im Bezirk klar, nur eine geschlossene, gut organisierte Arbeiterkraft ist den Unternehmern und sonstigen gegenüber stark. Die Tagesordnung war Bezirksleiterwahl und untre Lohnbewegung. Die Aussprache ergab den Willen, in unserm Bezirk unbedingt wieder einen Bezirksleiter zu wählen, der alle Lohnangelegenheiten regelt. Dabur werden auch viele Ankoften der einzelnen Zahlstellen gesparrt. Kollege Franz Wolf-Langenjalza wurde einstimmig zum Bezirksleiter gewählt. Zur Lohnangelegenheit ist zu berichten, daß die Kollegen von Langenjalza-Mühlhausen im Abwehrkampf stehen. Der Lohn lief automatisch mit dem Baugewerbe und war bloß 7 Prozent höher. Es wurden den Bauarbeitern durch Schiedspruch 27 Prozent geboten und unsere Unternehmer bieten uns — 16 Prozent; das wurde abgelehnt und am 23. 4. 24 in den Streik getreten. Die Firma Schilling hat nun den Schlichter angerufen. Dieser mutete den Kollegen in Langenjalza zu, nur für 7 Proz. Zulage zu arbeiten. Da wir bis jetzt stets und ständig Bestreben haben und immer im Prozentfuß nach Mühlhäuser Bauarbeiterlohn bezahlt wurden, mutete man uns jetzt zu, noch billiger zu arbeiten. Den ungelerten Arbeitern soll überhaupt keine Zulage gewährt werden, den Gelehrten und Angelernten auch nur ein knapper Teil. Dieses lehnte die Bezirksversammlung ab und beauftragte den Kollegen Wolf, nur auf unsere Friedenshöhe zu verhandeln; alle Kollegen sind gewillt, für ihre Sache ruhig den Hungerriemen enger zu schnallen, da doch alle im Kriege und während der Inflation für andre hungern mußten. Scharf wurde noch der Aushang des Geschäftsführers Schmidt der Firma Schilling geißelt, daß er nun nicht mehr alle Leute gebrauchen könnte und jeder einzelne bei ihm um Arbeit nachfragen hat; die Bezirksversammlung läßt sich da nicht irremachen, sondern wird solange den Kampf führen, bis wieder alles so geschlossen im Betriebe ist, wie er verlassen wurde.

Kappelrodt. Am Sonntag, dem 20. April, tagte in Aßern eine Konferenz der Pfister- und Schottergruppe sowie der Granit- und Steinmetzvereine Mittel- und Südbadens. Gausleiter Saffert referierte im 1. Punkt der Tagesordnung über den neu abzuschließenden Reichsarbeitsvertrag für die Pfister- und Schottergruppe. Scharfe Kritik wurde an der Vorlage der Unternehmer geübt. Der Standpunkt der Konferenz kam in einer einstimmig angenommenen Entschließung zum Ausdruck, wonach ein neuer Reichsarbeitsvertrag für genannte Gruppe nur abzuschließen ist, wenn nicht nur keine Verschlechterung, sondern Verbesserungen des bis jetzt bestehenden Reichsarbeitsvertrages erreicht werden. Die Konferenz ist der Auffassung, daß eine Verschlechterung für die Kollegen nicht tragbar ist und für die Steinmetzorganisation einen großen Nachteil bedeuten würde. Ehe Verschlechterungen in Kauf genommen werden, muß zum äußersten Kampfmittel gegriffen werden. Im 2. Punkt der Tagesordnung kam einmütig der Wille zum Ausdruck, mitzuarbeiten am weiteren Ausbau unseres Verbandes. Die Teilnehmer der Konferenz verpflichteten sich, unablässig bemüht zu sein, daß auch der letzte Mann unserer Organisation zugeführt wird, und dahin zu wirken, daß auch die Mittel aufgebracht werden, die es dem Verband ermöglichen, seine Aufgaben erfüllen zu können. Im 3. Punkt kamen interne Angelegenheiten der Zahlstellen und des Bezirks zur Sprache. Unter Verschiedenes wurde einstimmig der Antrag angenommen, vom Zentralvorstand zu verlangen, in diesem Jahre noch einen Verbandstag einzuberufen. Um die Hauptkassiere nicht zu belasten, wird vorgeschlagen, pro Mitglied einen Verbandstagesbeitrag zu erheben. Bei 50 000 Mitgliedern würden zehn Pfennige die Summe von 5000 Mk. ergeben. Dies würde ausreichend sein, um den Verbandstag finanzieren zu können. Ein weiterer Vorschlag ging dahin, daß die einzelnen Bezirke die Kosten für die Delegierten aufzubringen haben. In keinem Falle dürfe der Verbandstag nicht abgehalten werden wegen der Frage der Kostendeckung. Die Konferenz erwartet, daß ihre Forderung berücksichtigt wird. Nach einem kurzen Schlußwort des Kollegen Saffert wurde die Konferenz geschlossen.

Rundschau.

Gewerkschaftliches. Vom 16. bis 18. April tagte die Generalversammlung des Deutschen Textilarbeiterverbandes in Kassel. Die Tagung war bereits 1923 fällig, wurde jedoch infolge der vorjährigen Zustände hinausgeschoben. Bemerkenswert von dieser Tagung ist die äußerst scharfe Abweisung der kommunistischen Zerstörungsarbeit, die im Textilarbeiterverband mit ganz besonderer Inbrunst und den verwerflichsten Mitteln eingeschlagen hatte. Mit überwältigender Mehrheit wurde das Statut grundlegend geändert, wodurch dem Verbandsvorstand größere Machbefugnisse eingeräumt wurden, um störende Elemente, die sich den Bestimmungen des Verbandes nicht unterordnen wollen, ohne viel Federlesens aus der Organisation zu entfernen. Von 333 Delegierten unterstützten 66 die kommunistischen Anträge, im Laufe der Tagung verringerte sich die Zahl auf 27. Jedenfalls infolge der wichtigen Argumente, die von der andern Seite gegen die verbrecherische Wählerarbeit im Verbandsverband vorgebracht wurden. Die Kommunisten hatten allein — 40 Pressevertreter entsandt, deren Zulaßung die Generalversammlung ablehnte! Eine Reihe wichtiger Entschlüsse, die sich unter andern auszeichnen durch die klare Erkenntnis der gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Vorgänge und Zustände und ihrer Ursachen, wurden angenommen. Wir können sie leider infolge Raummangels nicht zum Abdruck bringen. Gegen den Redakteur des Verbandsorgans lagen wegen seiner „Schreibweise“ ebenfalls eine große Zahl von kommunistischen Anträgen vor, die eine Verurteilung verlangten. Die Beschwerden wegen der Schreibweise wurden jedoch von der Mehrheit des Verbandstages zurückgewiesen. Die Generalversammlung beschloß eine Umbenennung des organisierten Proletariats der Textilindustrie zu erlassen. Dieses Manifest bringt die Nr. 12 des „Textilarbeiter“; es beginnt mit der Aufforderung, die Reihen einig zu schließen, schließt in knappen Sätzen Kriegszustand, Inflation, die Konzentration der kapitalistischen Wirtschaftsmächte, das Erstarken der Reaktion und zeichnet dann in scharfen Strichen die Wählerarbeit der Gewerkschaftsvertreter allgemein und gegen den Textilarbeiterverband im besondern. Das Manifest klingt aus: Geschlossenheit um jeden Preis in der Organisation, mit den kommunistischen Mitgliedern, wenn sie wollen, ohne und gegen sie, wenn sie sich widersehen. Scharf und geschäftig geführter Kampf der Organisation gegen die Auswirkungen der neuen kapitalistischen Formen. Wiedererkämpfung des achtstündigen Arbeitstages und Erwerbung und Höherführung der Mitglieder alt und jung, der Betriebsräte usw. Unterstrichen ist dies Manifest vom Hauptvorstand, Verbandsauschuß, Beirat, Gausleitern und den Delegierten der Generalversammlung. Diese Er-

kärung des Verbandstages wird ihre Wirkung haben für die innere Erstarbung der Organisation und damit zum Wohle für die deutschen Textilarbeiterinnen und -arbeiter. Die Tagung selbst wird nicht ohne Einfluß bleiben auf andre Verbände.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Aus Anlaß einzelner Anfragen wird darauf hingewiesen, daß der Ertrag aus den Kampffondsmarken in voller Höhe an die Hauptkasse abzuführen ist. Die Zahlstellen haben nur Anteil an den Beitragsmarken.

In der Nr. 18 des „Steinarbeiters“ wurde unter dieser Rubrik auf Antrag der Zahlstelle Weisenstadt der Ausschluß des Kollegen Heinz Leopold bekanntgegeben. Der Ausschluß wird hiermit widerrufen, die nähere Prüfung hat ergeben, daß die Begründung zum Ausschluß (Streikbruch) vollständig haltlos ist. Der Kollege Leopold ist im Zahlstellenbereich des Gesamtverbandes nicht unbekannt, deshalb ersuchen wir, von diesem Widerruf entsprechend Kenntnis zu nehmen.

Anträge auf Ausschluß müssen vorher in den Zahlstellen rechtsgewissenhaft geprüft werden, denn der Ausschluß ist die härteste Strafe im Organisationsleben, die einen aufrichtigen Kollegen treffen kann.

Sträßburg i. El. Seit dem 8. April stehen die Steinmetzer, Pfisterer und Kammer in einem Abwehrkampf. Die elbsässigen Arbeiter verlangen die tägliche Arbeitszeit auf 9 1/2 Stunden täglich zu verlängern und die Stundenlöhne ganz gewaltig zu reduzieren. Kein deutscher Kollege darf jetzt nach dem Elßa ausreisen. Weibet Sträßburg, dadurch unterstützt ihr die dort kämpfenden Kollegen!

In den bereits gemeldeten Streiks in unserm Verbands (N. 17) hat sich keine Veränderung vollzogen.

Adressenänderungen.

- 6 a u: **Strehlen**. Vorl.: Paul Thiemel, Frankensteiner Str. 20. Kass.: Max Werner, Münsterberger Str. 35.
- 6 a u: **Nielasdorf b. Strehlen** (Schles.). Vorl.: Max Hettmann, Steinbruchweg 3. Kass.: Paul Janta, Steinbruchshäuler.
- 6 a u: **Wesselsburg**. Vorl.: Otto Bergner, Koshitz, Bahnhofstraße 25. Kass.: Max Steiner.
- 6 a u: **Gudensberg b. Kassel**. Kass.: Wilhelm Büchling.
- 6 a u: **Tiefenbach**. Kass.: Gregor Kolbeck.

Briefkasten.

Kr. Nein! Bin von der Kandidatenliste abgesetzt worden, weil ich für das Ermächtigungsgeleß in der Fraktion und im Plenum gestimmt habe. Man darf in einzelnen Wahlbezirken nur mit der Massenstimme laufen und weniger Einfluß in politische Notwendigkeiten bekunden, um oben zu bleiben. Das geht gegen meine Berufung, Erfahrung und Überzeugung. — Für deine Meinungsäußerung usw. besten Dank.

Sirßberg, M. Die Pachsumme an das Konsistorium hat nach unster Auffassung mit den Konsolidierungskosten der Gemeinde nichts zu tun. In welcher Form und durch wen diese Kosten aufgebracht werden in der Gemeinde, beschließt das Gemeindefakultät mit Mehrheit. Die Redaktion des „Steinarbeiter“ verfügt jedoch auf diesem Gebiete über keine sicheren Kenntnisse, auch fehlen die Unterlagen, um ein ausschlaggebendes Urteil abgeben zu können, das kann ein geschulter preußischer Kommunalpolitiker besser wie wir. Vielleicht wenden Sie sich mit ihrer Anfrage unter Beilegung von Rückporto an den Redakteur E. Neufisch der Breslauer Volkswacht, Breslau, Neue Graupenstraße 5.

Anzeigen

Mehrere tüchtige Steinmetzen sowie Brecher und Bossierer
werden für sofort bei dauernder Beschäftigung gesucht
Wilhelm F. Salzer, Granit-Werke, Ausl. Erzgeb.

Mehrere Steinmetzen
(Sandstein) für dauernde Beschäftigung gesucht. Melbung Bruchmeister Bürgel, Dickenberg, Station Abbenbüren.

Lediger Steinmetz
der fast Granitkluft aufsteht und baut, Grabsteine aus Grotter Sandstein und Kunststein, auch kleine Reparaturen macht, erbittet sofort angenehme Dauerstellung. E. Müller, Bildbauer, Groß-Apenburg, Kreis Saalfeld.

Die Gemeinde Hilbersdorf
Post Arnsdorf, O.-L., im Kreise Görlitz, beabsichtigt den außer Betrieb gesetzten **Baugartensteinbruch** ihres Terrains zu verpachten. Der Bruch ist von der Verpachtestation 10 Minuten entfernt, gute Abfuhr. Bewerber wollen sich persönlich melden beim Gemeindevorsteher in Hilbersdorf.

Suche tüchtigen, jüngeren **SANDSTEINMETZ**
der auch Granitkluftbauern kann.
Brüske, Achim bei Bremen.

Sofort 2 tüchtige Steinmetzen
für Sand-Granit gesucht.
Heinrich Bamm, Steinmetzmeister, Friedberg (Oderbergen).

Pflasterhämmer
sowie sämtliche Werkzeuge für Straßen- und Haussteinhaue.
Franz Magerow, m. h. Reinhold Mager, Berlin N. 20, Kochstraße 19.

3 bis 4 Steinsetzergesellen
auf sofort gesucht.
Carl Dierks, Oelle, Kronenstraße 38.
Für sofort gesucht tüchtige **Granit-Steinmetzen, Spalter, Pflasterer**
Dauernde Beschäftigung. Unterlunk ist vorhanden.
Schwarzwald-Granit- und Sandsteinwerke Tiefenbach, Geschäftsstelle Säckingen a. Rh. Werberstraße 6 (Baden).

Gestorben.

- Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingesandt werden.
- In **Bunzlau** am 15. März der Sandsteinmetz **Heinrich Kaulb**, 59 Jahre alt, lungenkrank.
 - In **Sträßel** am 21. März der Hilfsarbeiter **Karl Hiller**, 52 Jahre alt, Anglistfall; am 15. April der Hilfsarbeiter **August Kroker**, 58 Jahre alt, Herzschlag.
 - In **Berlin** am 27. März der Steinheger **Emil Hübler**, 69 Jahre alt, Arterienverkalkung.
 - In **Demitz-Thumitz** am 30. März der Pfistersteinmacher **Math. Koenig**, 61 Jahre alt, Lungenentzündung; am 16. April der Pfistersteinmacher **Elem. Wauritz**, 48 Jahre alt, Unfall.
 - In **Blauberg** am 31. März der Granitsteinmetz **Laver Bauer**, 45 Jahre alt, Unfall.
 - In **Gummersbach** am 1. April der Schmied **Paul Schmidt**, 26 Jahre alt, Blinddarmentzündung.
 - In **Eberbach** am 7. April der Brecher **Paul Schramm**, 64 Jahre alt, Lungenleiden.
 - In **Hofenan** am 7. April der Hilfsarbeiter **Christoph Schmidt**, 62 Jahre alt, Darmtrebs; am 10. April der Sandsteinmetz **Aug. Niesel**, 61 Jahre alt, lungenkrank.
 - In **Höbburg** am 15. April der Hilfsarbeiter **Friedrich Reif**, 48 Jahre alt, Nierenleiden.
 - In **Kirchlamitz** am 17. April der Hilfsarbeiter **Michael Schöffel**, 55 Jahre alt, Unfalltod.
 - In **Cheumnitz** am 21. April der Sandsteinmetz **Otto Kühn**, 50 Jahre alt, Herzschlag.
 - In **Lützenbach** am 23. April der Kalfbrenner **Karl Werth**, 59 Jahre alt, Lebertrebs.
 - In **Striegau** am 26. April der Hilfsarbeiter **Franz Klose**, 46 Jahre alt, Grippe.

Ehret hrem Andenken!

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold, Verlag von Ernst Winkler, beide in Leipzig.
Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.